

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

## Die aktuelle und künftige Politik der Türkei für die kurdische Bevölkerung

*Ekrem Eddy Güzeldere*

### **Ein Beitrag aus der Tagung:**

Positive Entwicklungen in der Türkei?

Die Situation der kurdischen Bevölkerung

Bad Boll, 11. – 13. Dezember 2009, Tagungsnummer: 431009

Tagungsleitung: Dr. Manfred Budzinski

---

### **Bitte beachten Sie:**

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2010 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll  
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll  
E-Mail: [info@ev-akademie-boll.de](mailto:info@ev-akademie-boll.de)  
Internet: [www.ev-akademie-boll.de](http://www.ev-akademie-boll.de)

# Die aktuelle und künftige Politik der Türkei für die kurdische Bevölkerung

*Ekrem Eddy Güzeldere*

Als die Veranstaltung Anfang des Jahres geplant wurde, konnte man nicht damit rechnen, dass es sowohl eine sog. Kurdische Initiative geben würde als auch, dass genau am Tag des Veranstaltungsbeginns die kurdische Partei DTP verboten würde. Dies hat auch Auswirkungen auf die Konferenz, da die Politiker der AKP und der DTP, die lange Zeit als Teilnehmer feststanden, kurzfristig absagen mussten. Es zeigt aber auch, wie wichtig und aktuell eine Konferenz gerade mit dieser Themenstellung ist.

Trotz der Turbulenzen vor dieser Entscheidung des Verfassungsgerichts mit einem Anschlag der PKK und auch gewalttätigen Demonstrationen, deren Bilder an die Intifada erinnern, spiegeln diese Ereignisse in den ersten beiden Dezemberwochen nicht den politischen Trend des Jahres 2009 wider.

Der Titel der Tagung fragt nach positiven Entwicklungen und nach Chancen für die Kurden und als Frage gestellt kann man dies prinzipiell erstmal mit Ja oder Nein beantworten. Um dies gleich vorweg zu nehmen, ich werde Ihnen eine optimistische Einschätzung geben. Ja, es gibt positive Veränderungen! Die Türkei vom Dezember 2009 hat mit der Türkei vom Dezember 1999 nur noch wenig zu tun. Das gilt im Allgemeinen für Demokratisierung, Menschenrechte, Situation von Minderheiten, und es trifft auch auf die Situation von Kurden zu.

Bevor ich aber auf die Politik der letzten Jahre komme, lassen Sie mich kurz zurück blicken, einen persönlichen Bogen schlagend auch von Berlin nach Bad Boll.

Ich komme aus einer türkisch-deutschen Familie, der türkische Teil stammt aus Horasan im Nordosten, so weit ich weiß, haben wir keine kurdischen Verwandten, mein Großvater war Offizier, mein Vater Einwanderer nach Deutschland und dort später Ingenieur bei BMW. Wir gehören ethnisch in der Türkei der Mehrheit und genau der Gruppe an, für die der Staat in den 1920er Jahren geschaffen wurde: türkische Sunniten, die auch gerne Raki trinken.

Zur Beschäftigung mit der politischen Situation in der Türkei, mit Kurden und anderen Themen, kam ich über einen Zufall während des Zivildienstes in Hamburg 1993. Eines Abends hatten wir einen anderen Zivi, einen Tischler, bei sich zu Hause abgeholt. Ich sah bei ihm ein Buch zur Türkei, Ömer Erzerens Septemberspuren, verschiedene Geschichte über die Folgen des Militärputsches von 1980, die Türkei als autoritärer Folterstaat, der Rechte von Nicht-Türken mit Füßen tritt, rassistisch, militaristisch, eine Leugnungspolitik der 20er Jahre fortschreibend.

Ich entschied mich, Politikwissenschaft zu studieren, und kam zum Wintersemester 1994/1995 nach Berlin. Ich besuchte im Grundstudium auch Seminare zur Türkei, damals gab es die erste Initiative zur Etablierung kurdologischer Studien, es gab Vorlesungsreihen und etliche Seminare. Eines dieser Seminare hat Herr Budzinski organisiert. Die Besonderheit dieses Seminars war, dass daran auch zahlreiche auswärtige Expertinnen und Experten teilnahmen, die meisten Kurden aus der Türkei, die in

kurdischen Vereinen aktiv waren. Was diese Vereine vortrug war ein düsteres Bild und damals Mitte der 1990er Jahre waren diese Beobachter sicher, in ihrer Lebenszeit auch keine weitgreifenden demokratischen Veränderungen zu erleben. Die aktuelle Situation war nicht nur schlecht, man hatte auch pessimistische Zukunftsperspektiven. In dieser Zeit waren extralegale Ermordungen, der Terror Jitem, systematische Folter, Ausnahmezustände und Vertreibungen an der Tagesordnung, eine wenig definierte kurdische Realität war zwar anerkannt, aber keinerlei kulturelle oder politische Rechte damit verbunden. Es gab zwar Kurden, aber sie hatten und sollten keine Rechte haben. Die Politik gerade in den 90er Jahren war bestimmt vom Militär und dessen Vorstellung von Lösung.

Demokratisierung fand nur sehr zögerlich und langsam statt, trotzdem wurde auf den Tag heute vor 10 Jahren auf Initiative Deutschlands der Türkei der EU-Kandidatenstatus erteilt, die politische Situation der Türkei betrachtend, damals eine absurde Entscheidung, die aber den größten Reformschub in der Geschichte der Türkei nach sich zog, EU-Standards schlagartig zum Maßstab für türkische Gesetze und Regeln machte und somit im Nachhinein die eindeutig wichtigste und richtigste EU Entscheidung in Bezug auf die Türkei war. Ein neues Zivilrecht, die Abschaffung der Todesstrafe und ein neues Strafrecht, verabschiedet zwischen 2001 und 2004, nahmen eindeutig Bezug auf die EU und die Kopenhagener Kriterien. Was die Kurden anbetraf, kam es erstmal nur zu kleinen, fast nur kosmetischen Veränderungen wie der Erlaubnis, täglich 45 Minuten in kurdisch zu senden, mit Untertiteln und inhaltlichen Einschränkungen.

## Die AKP – Reformpolitik und Widerstände

Und lange Zeit hatten die meisten, ich eingeschlossen, nicht den Eindruck, die AKP, seit 2002 an der Regierung, hätte eine durchdachte Kurdenpolitik, weil sich Aussagen wie „Das Kurdenproblem ist auch mein Problem“ von 2005 mit Aussagen wie „Wenn’s euch nicht passt, dann könnt ihr auch gehen“ vom November 2008 abwechselten. Es war ein Zickzack- Kurs, aber dafür gab es auch Gründe.

Wie wir spätestens seit den Veröffentlichungen der Tagebücher des 4-Sterne Admirals Özden Örnek in der Zeitschrift Nokta vom Frühjahr 2007 wissen, haben hochrangige Militärs seit 2003 an Putschen gegen die Regierung gearbeitet in einem Netzwerk von Kontakten zu Journalisten, Wissenschaftlern, der Bürokratie und Politikern. Die Regierung wusste davon und war deshalb unter gehörigem Druck. Nachdem diese Putschpläne gescheitert waren, da der Generalstabschef Hilmi Özkök nicht zugestimmt hatte, wurde die Strategie geändert und versucht, Chaos und Spannungen zu erzeugen, die nach dem Eingreifen der Streitkräfte „verlangen“. Es kam zu Anschlägen auf das Gericht in Ankara und die Zeitung Cumhuriyet, der Journalist Hrant Dink wurde ermordet, ebenso drei Protestanten in Malatya. Im Sommer 2007 kam es dann zu Massendemonstrationen gegen die Regierung und den Präsidentschaftskandidaten Gül, wo von einer Islamisierung der Türkei gewarnt wurde. Und nachdem diese Turbulenzen mit dem deutlichen Wahlergebnis vom Juli 2007 beendet schienen (die AKP gewann mit 47 Prozent), kam es 2008 zum Schließungsverfahren gegen die AKP, das im Juli 2008 nur mit einer Stimme abgelehnt wurde. Das Land war dadurch monatelang parallelisiert. Ich sage dies nicht, um die AKP von mangelnden Reformen gerade in den Jahren nach 2005 frei zu sprechen, aber es gab eben auch massive Widerstände und eine Opposition, die es sich zum Ziel gemacht hat, jede Initiative nicht nur abzulehnen, sondern auch viele Gesetze vor das Verfassungsgericht zu bringen, wie beim Stiftungsrecht geschehen.

Und trotzdem ist meine heutige Einschätzung, dass sich seit einem knappen Jahr eine echte Politik der Demokratisierung abzeichnet. Der wichtigste Grund, warum das jetzt möglich ist und vorher nicht möglich war, ist der Prozess bekannt unter dem Namen Ergenekon, bei dem zum ersten Mal der „tiefe Staat“ vor Gericht steht. Dadurch sind einflussreiche Gegner jedweder demokratischer Reformen aus dem Verkehr gezogen und, vielleicht noch wichtiger, kam eine Debatte um die Rolle der Armee in Gang, die langsam aber sicher das Gewicht in Richtung der gewählten Politiker verschiebt. Damit rücken nicht-militärische Lösungsansätze ins Zentrum, die von gewählten Politikern bestimmt und nicht mehr von Soldaten diktiert werden. In diesem Kontext ist es möglich geworden, alternative und zivile Lösungen anzustreben. Das macht auch deutlich, wie wichtig es für den Erfolg des Demokratisierungsprozesses ist, Ergenekon mutig und bestimmt weiter zu führen, den Staatsanwälten die Unterstützung zu versichern und die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das gilt für alle Facetten des Netzwerkes, z. B. auch für den Prozess in Malatya, der so wichtig ist, um die Verbindungen aufzuzeigen.

Die Armee wird in diesem Demokratisierungsprozess zu Recht kritisiert. Die neuen Bücher von Ecevit Kilic (Jitem) und Samil Tayyar (Pusu) über den tiefen Staat zeigen, dass unter den vielen Ermordeten gerade der 90er Jahre auch eine ganze Reihe von Soldaten waren. Und diese wurden hauptsächlich ermordet, weil sie sich entweder gegen Jitem gewendet haben oder in der Kurdenpolitik eine abweichende Meinung hatten. Auch das Buch Sürec (Prozess) über die aktuelle kurdische Initiative macht deutlich, dass ehemalige MIT-Mitarbeiter (Geheimdienst) und hohe Ex-Diplomaten sich oft als flexibler erweisen als aktuelle Oppositionspolitiker.

Kommen wir zu den Veränderungen in diesem Jahr. 2009 hat mit dem Start eines kurdischsprachigen staatlichen Senders begonnen, TRT 6. Auch wenn ich die Kritik an der Programmpolitik und inhaltlichen Gängelung teile, ist es doch ein wichtiges symbolisches Zeichen, dass der Staat offiziell einen Sender betreibt in einer Sprache, die im Dezember 2008 noch in Parlamentsprotokollen als „unbekannte Sprache“ geführt wurde.

Und neben der Symbolik ist es eben auch ein Zeichen für die normative Kraft des Faktischen. Mit der Begründung, dass es einen staatlichen kurdischsprachigen Sender gibt, hat der Staatsanwalt in Digor es im Juni 2009 abgelehnt, Klagen gegen Politiker anzunehmen, die während des Wahlkampfes kurdisch gesprochen haben.

## Die Kurdische Initiative

Das war ein einzelner Schritt, noch nicht Teil einer wirklichen Initiative. Diese sog. kurdische oder demokratische Initiative begann relativ unscheinbar am 29. Juli 2009 mit einer Erklärung des Innenministers Besir Atalay: „Hoffentlich werden wir ein Türkei-Modell erschaffen, das bei der Lösung ein Beispiel für die Welt darstellen kann. An diesem Prozess sollte jeder teilnehmen.“

Das war kein Reformpaket, sondern die Ankündigung eines Fahrplans, der viele Gespräche mit verschiedensten Gruppen in der Gesamttürkei nach sich zog. Das ist nicht unbedingt die übliche Herangehensweise für neue Politikansätze in der Türkei, wo man eher ein autoritäres von oben nach unten gewohnt ist. Und Atalay zeigte sich in dieser Phase als Glücksfall, den man so nicht erwartet hätte. Er hatte sich davor weder besonders für die Kurden noch für Minderheiten eingesetzt, noch ist er als mutiger Tabubrecher in Erscheinung getreten. Als er Innenminister wurde, waren die Kommentare

„dass mit diesem Langweiler, wohl nicht viel passieren würde.“ Atalay überraschte nicht nur mit der Initiative, sondern auch damit, wen er alles traf. Im August lud er liberale Journalisten und Intellektuelle nach Ankara ein, unter denen es einige kaum fassen konnten, dass sie hinter geschlossenen Türen über jedes Tabu diskutieren durften. Ebenso wenig fassen konnte dies die Staatsanwaltschaft Ankara, die eine Untersuchung einleitete gegen diese in ihren Augen „verfassungswidrige“ Tagung.

Es gab viele kritische Kommentare nach Verkündung der Initiative, dass es kein fest definiertes Paket gebe mit konkreten Punkten. Aber, die Initiative ist eben kein Paket, sondern viel eher ein Prozess, bei dem sich viele inhaltlich beteiligen und der Schritt für Schritt umgesetzt wird. Und seit dem 29. Juli kam es bereits zu einigen konkreten Entscheidungen.

Zwar wurde im September die Bewerbung der Universität Mardin, für eine Fakultät mit dem Namen „Kurdische Sprache und Literatur“ abgewiesen, aber unter dem Namen „lebendige Sprachen“ erlaubt. Trotzdem bleibt dieser zukünftige Studiengang inhaltlich so, wie ursprünglich in der Bewerbung angegeben. D.h., dass ab nächstem Jahr Studierende in Mardin auch Kurse zu „Einstieg in die klassische kurdische Literatur“, Sprachkurse zu Kirmanci, Zazaki und Sorani, Kurdische Grammatik, Geschichte der kurdischen Sprache etc. besuchen werden. Um vorherzusagen, wann diese Fakultäten den Namen Kurdologie tragen werden, muss man denke ich kein Prophet sein. Genauso wenig, um vorherzusehen, dass bald weitere Fakultäten folgen werden. Ohne dass das bisher offen so gesagt wird, werden diese Fakultäten aber auch eine wichtige Rolle bei der Ausbildung von Lehrern spielen und der Herausbildung einer kurdischen Infrastruktur.

Ein wichtiger Aspekt der Initiative war die Rückkehr von Flüchtlingen und einfachen PKK-Mitgliedern aus dem Nordirak. Die erste Gruppe von Rückkehrern kam am 16. Oktober über die Grenzstation Habur in die Türkei. Es waren 34 türkische Staatsbürger, 28 aus dem Flüchtlingscamp Mahmur und 8 Mitglieder der PKK von den Kandil-Bergen. In der öffentlichen Wahrnehmung standen die PKK-Mitglieder weit im Vordergrund, die von einem Artikel im Strafgesetzbuch profitieren können, wenn sie nicht direkt an Straftaten beteiligt waren, Art. 221. Die 28 Flüchtlinge gehören zu ca. 12.000 Kurden aus der Türkei, die seit Jahren in einem vom UNHCR betriebenen Camp leben. Und um in einem solchen Camp leben zu dürfen, muss man international anerkannter Flüchtling sein. Die Mahmur-Bewohner haben keine Möglichkeit, die irakische Staatsbürgerschaft zu bekommen, man kann daher nur hoffen, dass der Prozess der Rückkehr bald weitergeht und zahlenmäßig schnell ausgeweitet wird. Was die PKK anbetrifft, sollten so viele wie möglich vom Art. 221 des Strafgesetzes Gebrauch machen können und für die hohen Kader eine Lösung in Drittstaaten gesucht werden.

Die Art und Weise der Rückkehr hat große Kontroversen ausgelöst und erst einmal zur Aussetzung der Rückkehr geführt, aber dieser ist dadurch nur aufgeschoben und stellt für Türken und Kurden auch einen Lernprozess dar.

Trotzdem verlief diese Rückkehr ganz anders als die erste vor 10 Jahren, Damals nach der Festnahme Öcalans sind 2 Gruppen von PKK-Mitgliedern in die Türkei gekommen und haben sich den Sicherheitskräften gestellt. Die meisten wurden zu schweren Haftstrafen von 15 Jahren verurteilt, die die meisten im Gefängnis Mus verbüßen. Yüksel Genc, die damals zu 5 Jahren verurteilt wurde, schilderte die Unterschiede von damals und heute:

„Damals dachten wir, das schlimmste wäre, dass wir in den Bergen oder in Kämpfen mit den Streitkräften sterben und das Beste wäre, im Gefängnis zu enden. Jetzt wäre das Gefängnis der schlechteste Fall. Aber ich glaube, dass nicht einmal das eintreffen wird.“

Darüber hinaus wurde entschieden, in Gefängnissen andere Sprachen außer dem Türkischen bei Gesprächen zwischen Gefangenen und Angehörigen zu erlauben. Außerdem wurden die zeitlichen, inhaltlichen und formellen Beschränkungen für kurdisches Fernsehen und Radio aufgehoben, so dass es Vollprogramme in kurdisch geben wird, aber auch in anderen Sprachen wie arabisch, lazisch, georgisch, tscherkessisch etc.. Und einige Dörfer haben ihre ursprünglichen Namen zurückerhalten, es gibt bereits in der Provinz Diyarbakir einige zweisprachige Dorfschilder.

Das sind viele der seit Jahren geforderten Punkte.

## Unterschiedliche Wahrnehmung von Kurden und Türken

Die Initiative ist kein Paket, sondern ein Prozess, um zu einem größtmöglichen Konsens zu gelangen, aber auch um die Türken und andere Nicht-Kurden an die Veränderungen zu gewöhnen und dass scheint dringend nötig. Es mag sein und ist verständlich, dass es den Kurden zu langsam geht, aber die Türken haben 86 Jahre andere Geschichten gehört, andere Wahrheiten, mit denen Ängste und Gefahren verbunden waren, die man nicht auf Knopfdruck abschalten kann. Eine aktuelle Umfrage bestätigt diese unterschiedlichen Vorstellungen von Türken und Kurden zu den Reformen. Die Umfrage wurde zwischen 7. und 15. August, also nach Ankündigung der Initiative, von Pollmark und SETA durchgeführt, die 10.577 Menschen befragten. Allgemein finden alle Befragten zu 48 Prozent die Initiative positiv und 36 Prozent diese negativ, auch unter den ethnischen Türken ist noch eine Mehrheit von 42 Prozent positiv eingestellt und 40 Prozent negativ.

Doch befragt nach spezifischen politischen Veränderungen, ergeben sich deutlichere Unterschiede zwischen Kurden und Türken. Z.B. lehnen insgesamt 65 Prozent eine Erwähnung der kurdischen Identität in der Verfassung ab, wobei 74 Prozent der Türken dies ablehnen, aber 67 Prozent der Kurden dem zustimmen. Ein ähnliches Bild auch bei der Aufhebung der Sprachverbote, die 79 Prozent der Kurden befürworten, aber 52 Prozent der Türken ablehnen. Das heißt, die vordergründlichsten Emotionen auf türkischer Seite sind Angst und Unsicherheit. Eine Unter-Überschrift der Umfrage lautet „Kurden wollen keinen eigenen Staat gründen, aber die Türken glauben das nicht.“ 71 Prozent der Türken gaben an, dass Kurden als Endziel doch einen eigenen Staat haben und immerhin noch fast 20 Prozent der Türken gaben an, dass es ein Kurdenproblem gar nicht gebe.

Interessant hierbei ist, dass die einzige Ausnahme in diesen Einschätzungen, die bereits erfolgte Einführung von TRT 6 ist, die insgesamt von 51 Prozent als positiv und 38 Prozent als negativ eingestuft wird und hier sind auch die Türken zu 47 Prozent dafür und zu 41 Prozent dagegen. Auch interessant ist, dass 41 Prozent der CHP Wähler und immerhin noch 31 Prozent der MHP Wähler, TRT 6 als einen positiven Schritt bezeichnen, was ein deutliches Abweichen von der Parteilinie signalisiert.

Aber diese unterschiedliche Einstellung zur kurdischen Initiative, bedeutet kein Gegeneinander und keine Feindschaft zwischen den ethnischen Gruppen. Trotz der Zusammenstöße wie vor wenigen Wochen in Canakkale und Izmir, oder der zahlreichen Übergriffe in Mersin, Ayvalik und Istanbul im vergangenen Jahr, gibt es prinzipiell keine türkisch-kurdische Feindschaft und kann ich auch keine anti-türkische Stimmung unter Kurden generell feststellen. In der Pollmark/Seta-Umfrage sind 57 Prozent der Türken und 86 Prozent der Kurden der jeweils anderen Gruppe gegenüber positiv eingestellt. Unter den engen Freunden haben fast 60 Prozent der Türken einen Kurden und über 83 Prozent der Kurden einen Türken und gegen eine gemischte Ehe haben 70 Prozent der Türken und 87



Prozent der Kurden nichts einzuwenden. Kurden können sich zu über 92 Prozent vorstellen, einen engen türkischen Freund zu haben. Und das ist auch meine persönliche Einschätzung, die kurdische Bewegung hat viele nicht-kurdische Persönlichkeiten, ein Beispiel für dieses Miteinander ist auch die Stadtverwaltung Diyarbakir. Die Beraterin für internationale Beziehungen des Oberbürgermeisters, Herrn Baydemir, ist eine Türkin aus der Westtürkei. Gerade die Angestellten in der Abteilung EU-Projekte sind Türken aus der Westtürkei, die selber entschieden haben, in Diyarbakir zu arbeiten und dort herzlich aufgenommen wurden.

## Ausblick

Ein Ausblick in die Zukunft ist immer schwierig in Sozialwissenschaften und der Politik, gerade in dieser spezifischen Zeit kann die Halbwertszeit sehr kurz sein.

Für die Fortsetzung der Demokratisierungsinitiative wird es zum einen wichtig sein, diesen mit einer möglichst großen Koalition aus verschiedenen Parteien, Vereinen, gesellschaftlichen Gruppen, Wirtschaftskammern und Akademikern voran zu treiben und dabei auf die erfolgreiche Koalition zurück zu greifen, die die Reformen der Jahre 2003-2005 unterstützt hat, auch eben die enttäuschten Liberalen wieder mit an Bord zu bekommen.

Gleichzeitig ist es aber genauso wichtig, den Ergenekon-Prozess weiter zu führen. Ohne den Ergenekon-Prozess, werden die Pro-Status Quo Kräfte wieder stärker und alles tun, um den Demokratisierungsprozess aufzuhalten. In dieser Frage ist auch die Haltung des Auslands wichtig zu zeigen, dass man ein Interesse an der Demokratisierung in der Türkei hat und dass dieser Prozess dafür enorm wichtig ist.

Die jetzige Phase ist die heikelste und schwierigste in diesem Systemwechsel hin zu einem vollständig demokratischen Staat. Aber sie ist auch die aussichtsreichste, die hoffnungsvollste der türkischen und kurdischen Geschichte, die Türkei war in ihrer 86jährigen Geschichte noch nie so demokratisch und die Chancen, dass es demokratischer wird, waren noch nie so groß.

Und dies auch, weil vielleicht die Mehrheit, auch der ethnischen Türken, mittlerweile einfach in einem normalen europäischen Land leben wollen, mit demokratischen Rechten für alle in einer pluralen Gesellschaft, die ihre Vielfalt nicht mehr als Gefahr sieht, sondern als Reichtum akzeptiert. Vielleicht ist hierbei der Wunsch Vater des Gedanken, aber auch in einer so turbulenten Zeit, sehe ich keinen Grund, pessimistisch in die Zukunft zu blicken, dieser Wandel stößt auf große Widerstände, aber aufzuhalten ist er nicht mehr.